

BERLINER RESOLUTION

der umweltpolitischen Sprecherinnen und Sprecher
der Fraktionen von CDU und CSU

Klimaschutz mehrdimensional denken und umsetzen

Die umweltpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der CDU- und CSU-Fraktionen in den Ländern bekennen sich zu den ehrgeizigen Klimaschutzzielen.

Wir setzen uns dafür ein, dass jedes Land im Rahmen seiner Prioritäten und Kompetenzen mit eigenen Zielen und Maßnahmen seinen Beitrag zur Erreichung dieser gesamtstaatlichen Ziele leistet.

Dass der Klimawandel zu den größten Herausforderungen unserer Zeit gehört, ist unumstritten. Um die Einhaltung des Ziels aus dem Übereinkommen von Paris von Dezember 2015 zu gewährleisten, werden stetig neue und ehrgeizigere Ziele gesetzt. So hat die CDU/CSU-geführte Bundesregierung im Jahr 2021 mit der Änderung des Klimaschutzgesetzes die Vorgaben zur Reduktion von Emissionen verschärft und die Treibhausgasneutralität bis zum Jahr 2045 verankert. Bis zum Jahr 2030 sollen die Emissionen bereits 65 % unter denen des Vergleichsjahres 1990 liegen. Damit setzte sich die Bundesrepublik noch strengere Ziele als die Europäische Union, die eine Treibhausgasneutralität bis zum Jahr 2050 anstrebt.

Klimaschutz besteht jedoch nicht nur darin, CO₂-Emissionen zu reduzieren. Neben der ökologischen Komponente müssen auch stets ökonomische und soziale Belange ausreichend berücksichtigt werden. Die Energiewende muss bezahlbar für die Menschen und die Energiesicherheit am Industriestandort Deutschland gewährleistet sein. Klima-, Umwelt- und Naturschutz bedingen einander und gehören untrennbar zusammen. Mehr Klima- und Umweltschutz bedeutet letztlich: mehr Lebensqualität für alle Menschen jetzt und vor allem auch für zukünftige Generationen. Als Unionsfamilie bekennen wir uns ausdrücklich zu einem umfassenden Umwelt-, Natur- und Klimaschutz und den Verpflichtungen, die damit einhergehen. Im Sinne der Verantwortung für Nachhaltigkeit und Zukunft fordern die umweltpolitischen Sprecherinnen und Sprecher von CDU und CSU in den Landtagen daher:

1. Mehr Tempo bei erneuerbaren Energien

Der zwischen Bund und Ländern vereinbarte Ausstieg aus der Kohleverstromung ist ein wichtiger Schritt für den Klimaschutz. Nun gilt es, in den kommenden Jahren die Energiesicherheit in Deutschland zu gewährleisten. Um bei den erneuerbaren Energien und bei der Unabhängigkeit unserer Energieversorgung weiter voranzukommen, ist ein umfassendes Gesamtkonzept für alle erneuerbaren Energien sowie die Stromleitungen, Verteilnetze und vor allem auch Möglichkeiten zur Speicherung nötig. Die Bundesregierung ist gefordert, bis zur vollständigen Umstellung der Energieversorgung auf eine regenerative Grundlage eine Brücke zu schaffen, die verlässliche, umweltschonende und bezahlbare Energie für Bürger und Unternehmen sichert. Der russische Angriffskrieg in der Ukraine stellt dieses Ziel vor neue Probleme. Daher

müssen ideologiefrei alle Optionen geprüft werden, um den Umbau unserer Energieversorgung wirtschaftlich und sozial verträglich zu gestalten.

Die öffentliche Hand muss dabei mit gutem Beispiel vorangehen und alle landeseigenen Gebäude mit Solaranlagen ausstatten. So wird ein wichtiger Beitrag zur Energieerzeugung geleistet und gleichzeitig die Akzeptanz in der Bevölkerung erhöht. Zudem müssen die Bedingungen für Investitionen in erneuerbare Energien und Energieinfrastruktur deutlich verbessert und bürokratische Hürden (zum Beispiel Konflikte zwischen Denkmalschutz und der Errichtung von PV-Anlagen) wie auch – nach sorgfältiger Abwägung – naturschutzrechtliche Hürden abgebaut werden. Außerdem streben wir die verstärkte hybride Nutzung von PV-Anlagen, wie z.B. Agri-PV oder Biodiversitäts-PV an. Darüber hinaus sind PV-Anlagen auf Altlastenflächen und Konversionsflächen zu bevorzugen.

Auch die Windenergie an Land muss erheblich stärker als bisher ausgebaut und mit zusätzlichen Speicherkapazitäten flankiert werden, um die Klimaziele zu erreichen. Die BMWK-Vorgabe hinsichtlich der Beiträge der Bundesländer zum Ziel, zwei Prozent ihrer Fläche für Windenergieanlagen in Deutschland zur Verfügung zu stellen, muss besser als bislang die unterschiedlichen lokalen Rahmenbedingungen berücksichtigen und gleichzeitig für den schnellen Ausbau der Onshore-Windenergie praxistauglich sein.

2. Schneller Markthochlauf von Wasserstoff als zukünftige Energiequelle

Die Produktion und insbesondere der Transport von grünem Wasserstoff werden künftig eine zentrale Rolle für unsere Energieversorgung sowie die Dekarbonisierung der Sektoren Industrie, Verkehr und Wärme spielen. Um einen schnellen Markthochlauf zu gewährleisten, müssen bestehende Infrastrukturen bestmöglich genutzt und vorhandene Kompetenzen vollumfänglich eingebunden werden. Der Entwurf der europäischen Gasbinnenmarkttrichtlinie stellt in seiner derzeitigen Fassung hierfür ein Hindernis dar. Durch den Ausschluss der Verteilnetzebene beim Transport von Wasserstoff wird es zur Schaffung von unnötiger paralleler Leitungsinfrastruktur und damit Verzögerungen und zusätzlichen volkswirtschaftlichen Belastungen kommen. Mit dem neuen EU-Wasserstoff- und Gaspaket sollen Unternehmen, die umrüsten wollen, gezwungen werden, ihre Gasnetze zu verkaufen. Durch die Verschärfung des sog. Ownership-Unbundling der EU-Kommission würde sich der Wasserstoffnetzausbau enorm verzögern. Wir brauchen stattdessen Rahmenbedingungen, die Investitionen in Infrastruktur zur Umrüstung von Gas- auf Wasserstoffnetze unterstützen und einen schnellen Markthochlauf für Wasserstoff ermöglichen.

3. Breite gesellschaftliche Akzeptanz für Klimaschutzmaßnahmen

Im christlichen Menschenbild fällt der Subsidiarität eine wichtige Rolle zu: über Eigenverantwortung, also auch Anreize, die politischen Ziele zu erreichen und die Menschen dabei als Teil der Lösung und nicht als Problem zu verstehen. Dafür benötigt der Umwelt- und Klimaschutz der Zukunft einen Bezug zu den Lebensrealitäten der Menschen in Deutschland. Ohne die Akzeptanz der Menschen werden Klimaschutzmaßnahmen nicht die Unterstützung erfahren, die notwendig ist, um die ambitionierten Klimaziele zu erreichen. Für eine echte Bürgerenergiebewegung benötigt es das Zusammenwirken von allen Seiten, von Politik, Bevölkerung und Wirtschaft, um

ausgewogene Klimaschutzmaßnahmen zu entwickeln und umzusetzen, die ökologisch, ökonomisch und sozial verträglich sind.

4. Mehr Bewusstsein für den Wert unserer Wälder

Ein Drittel unserer Landesfläche ist von Wäldern bedeckt. Große Teile hiervon sind jedoch durch die Folgen des Klimawandels, wie Trockenheit und Unwetter, schwer geschädigt. Der Schutz der Biodiversität, Hochwasserprävention, Sauerstoffproduktion und Luftfilterung, Grundwassereinspeisung und CO₂-Bindung, doch auch der Wert als Ort der Erholung und der nachhaltigen Produktion hochwertiger heimischer Rohstoffe sind grundlegende Funktionen, die aber einen gesunden und widerstandsfähigen Wald voraussetzen. Diese gilt es zu erhalten durch den klimaresilienten Waldumbau mit klima- und standortangepassten Gehölzen zu ökologisch wertvollen Mischwäldern, die Schaffung eines Gleichgewichts von Wild und Wald, von Jagd und Eigentum. Wir werden uns auf Bundesebene für die Erarbeitung und Umsetzung einer Wiederaufforstungsstrategie in Deutschland und weltweit einsetzen.

Der Erhalt und die Wiederherstellung natürlicher Kohlenstoffspeicher, wie unserer Wälder und zahlreichen Moore, genießt für uns die höchste politische Priorität bei der Elimination nicht vermeidbarer Restemissionen.

5. Flächendeckendes und ganzheitliches Wassermanagement

Wasser ist die Grundlage allen Lebens, ohne Wasser verdorren Wälder und Felder. Gleichzeitig bedrohen Starkregen und Sturzflut unsere Siedlungsflächen und Landwirtschaft. Angesichts von Erderwärmung und Extremwetterereignissen braucht Deutschland ein flächendeckendes Wassermanagement zum Schutz unseres Trinkwassers und zur Regeneration unserer Grundwasserspeicher, zur Verbesserung unserer Gewässerökologie und zum Schutz unserer artenreichen Auwälder, zur Wasserrückhaltung in der Fläche, zur Entwässerung vernässter Äcker und zur Bewässerung empfindlicher Feldfrüchte, zur ganzjährigen Schiffbarkeit unserer Wasserstraßen und zur Erzeugung und Speicherung von elektrischer Energie aus Wasserkraft – regenerativ, grundlast- und schwerfallfähig. Erhalt und Aufbau, Repowering und Forschung der sogenannten kleinen wie der großen Wasserkraft sind Teil des nachhaltigen Energiemix für Deutschland.